

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1090

Nr. 39

Mittwoch, den 16. Februar 1927

22. Jahrgang

Nord- und Südchina einig.

Die Verhandlungen zwischen D'Malley und Tschan. — Englische Truppen in Schanghai.

Paris, 14. Febr. „Chicago Tribune“ veröffentlicht ein Telegramm aus Genf, das Erklärungen des vorübergehend in Genf weilenden chinesischen Staatspräsidenten Tschao über die chinesische Politik enthält. Danach soll Tschao erklärt haben, die Chinesen seien in außenpolitischen Fragen einig und er spreche ebenso für den Norden wie für den Süden Chinas. Hinter ihm ständen 400 Millionen Chinesen. Tschao bemängelte, daß die Engländer reguläre Truppen nach Schanghai geschickt hätten. Dies sei darauf berechnet, den Kriegsgeist wieder erstehen zu lassen, eine Erinnerung an die Tage von 1914, die 1927 seltsam sei. Schanghai sei nicht englisch, sondern chinesisches Gebiet und 400 Millionen Chinesen seien entschlossen, ihre staatliche Hoheit zu verteidigen. Sie hätten keine Furcht vor Land- und Seestreitkräften. Wenn unglücklicherweise die Anwesenheit dieser fremden Streitkräfte zu militärischen Verwicklungen Anlaß geben sollte, so könne dies weitere ernste Folgen haben. Die Verantwortung hierfür würde gewiß nicht China zufallen.

Berlin, 14. Febr. Londoner Morgenzeitungen wird gemeldet, daß Tschan und D'Malley am Sonntag zu einem Einbernehmen über die Hantau-KonzeSSIONen auf der von Chamberlain im englischen Unterhaus angekündigten Grundlage der Schaffung einer gemischten chinesisch-europäischen Gemeindeverwaltung und gleicher Besteuerung aller innerhalb des KonzeSSIONsgebietes lebenden Chinesen und Engländer gekommen seien.

Schanghai, 14. Febr. Zum ersten Mal seit dem Vorkriegsstand sind britische Truppen heute hier gelandet worden. Zwei englische Regimenter zogen mit Musik und Fahnen durch die Hauptstraßen von Schanghai. Der Marsch, der über eine Strecke von insgesamt fünf englischen Meilen Länge nach den vorgezeichneten Quartieren ging, hatte riesige Menschenmassen angezogen. Die Truppen wurden von den Europäern mit jubelnden Kundgebungen empfangen.

Paris, 14. Febr. Wie die Agentur Indopacifique meldet, erklärt der Generalkommandeur der Mandchurarmee, General Quang Duting, nach seiner Ansicht bestehe nicht die Notwendigkeit, Schanghai zu neutralisieren, denn die verbündeten chinesischen Truppen genügen für jede Eventualität.

Hongkong, 14. Febr. Der Gouverneur von Hongkong hat bei der Kantongregierung dagegen Beschwerde eingelegt, daß in Schatankol an der Grenze des britischen Gebietes von Hongkong durch chinesische Soldaten verhaftet wird, aus den Bauern eine Armee zu bilden. Die Bauern sind darüber in Erregung. Der Gouverneur hat als Beruhigungsmaßnahme angeordnet,

daß englische Truppenabteilungen in regelmäßigen Abständen die Grenze begehen.

Abbruch der britischen Verhandlungen mit Tschan?

London, 15. Febr. „Times“ meldet aus Hantau, der britische Gesandtschaftsrat D'Malley werde heute eine Erklärung über den Abbruch der Verhandlungen mit Tschan abgeben.

Der Wechsel in der chinesischen Seezollverwaltung.

London, 14. Febr. Wie der Amtliche Britische Hunddienst aus Peking meldet, hat der neue Generalinspektor der Seezollverwaltung, Edwards, der nach der Entlassung Sir Francis Aglens durch die Peking Zentralregierung ernannt wurde, gestern das Amt von seinem Vorgänger förmlich übernommen. Er hat den chinesischen Behörden mitgeteilt, daß er den Posten in der Eigenschaft eines Stellvertretenden Generalinspektors annehme.

Ein Dementi Tschangtschins.

Paris, 14. Febr. Wie die Agentur Indopacifique aus Peking berichtet, dementiert Tschangtschins kategorisch, daß er seine Kandidatur für die Präsidentschaft aufstellen wolle.

Ein Bettag für China.

London, 14. Febr. Der Rat des evangelischen Weltbundes wird im Zusammenwirken mit Missionsgesellschaften den 3. März zu einem Betttag für China machen.

Ein politisches Institut für Chinesinnen.

London, 14. Febr. Die „Times“ melden aus Hantau, daß dort Sonnabend ein politisches Ausbildungsinstitut für Frauen von der Witwe Sunjatens eröffnet wurde. In ihrer Rede führte sie aus, das moderne China verlange, daß Frauen nicht nur gute Mütter, sondern auch gute Bürgerinnen seien. Die Revolution werde nicht vollendet werden, wenn die Frauen nicht befreit werden. Sie erklärte: Diese Schule ist eine militärische Vorbereitungsschule für Frauen, und fuhr fort, der Kampf beschränke sich nicht auf China, sondern berühre die ganze Welt. Es sei daher notwendig, daß die chinesischen Frauen am Kampf für die Freiheit aller unterdrückten Völker teilnehmen. Laut „Times“ waren alle Minister der nationalistischen Regierung auf der Tribüne. Merkwürdigerweise seien die russischen Ratgeber der Regierung nicht anwesend gewesen und es seien keine Ausrufungen gegen England gefallen.

Wortklauberei.

Berlin, 15. Febr. Die polnische Regierung hat sich zu Angriffen auf das Reichskabinett veranlaßt gesehen, um die Schuld am Abbruch der Handelsvertragsverhandlungen Deutschland heimessen zu können. In politischen Kreisen hat es große Verwunderung hervorgerufen, daß das Kabinett trotz der unannahmlichen und unverständlichen Haltung Polens den Abbruch der Verhandlungen nicht proklamierte, sondern lediglich für die Vertagung eintrat, bis die Rechtsfragen eine Regelung gefunden haben würden. Der deutsche Gesandte in Warschau ist auch nach der Ueberreichung der deutschen amtlichen Erklärung an den polnischen Handelsbevollmächtigten zum polnischen Außenminister gegangen, um ihm noch einmal die Bereitwilligkeit des Reichskabinetts zur Wiederaufnahme der Verhandlungen zu erklären. Es handelt sich also jetzt darum, nicht nur in der Frage der Deutschenausweisungen, sondern auch in der Niederlassungsangelegenheit Klarheit zu schaffen, um an den Verhandlungstisch zurückkehren zu können.

Beide Probleme sind vonseiten Deutschlands gemeinsam behandelt worden, da sie im Grundprinzip zusammenhängen und die meisten polnischen Ausweisungen gegenüber Deutschen sich auf solche Personen erstrecken, die in leitenden Positionen des polnischen Wirtschaftskörpers standen, und die auf Wunsch der polnischen Industriellen und politischer reaktionärer Kreise eine Gefahr für Polens Produktion darstellen sollten. Es hätte also keinen Zweck, ein Abkommen über das Niederlassungsrecht zu treffen, wenn von vornherein feststeht, daß die praktische Handhabung dem Geist eines solchen Vertrages widerspricht. Die polnische Presse, unverkennbar beeinflusst von den offiziellen Stellen, stellt die Sache nun so dar, als ob die deutsche Regierung bewußt Meldungen über die Ausweisungen Deutscher aus Polen in die Welt legt, die die öffentliche Meinung gegenüber Polen ungünstig beeinflussen sollen. Es wird dabei auf die Landarbeiterfrage angepielt, die uns in Deutschland schon viel Kopfzerbrechen bereitet hat, da wir selbst einen starken Ueberfluß an Landarbeitern haben und nur aus politischen Rücksichten gezwungen gewesen sind, die Last der polnischen Landarbeiter, der sogenannten Saisonarbeiter, geduldig weiter zu tragen. Es erhebt sich jetzt allerdings die Frage, ob angesichts des ungerechtfertigten Vorgehens Polens gegen deutsche Staatsangehörige es nicht gegeben erscheint, das gleiche Recht auch gegen polnische Staatsangehörige in Deutschland anzuwenden. Hierüber werden Parteien und Minister noch zu sprechen haben, falls sich herausstellt, daß Polen nichts dazu lernen will und auf seinem unhaltbaren Standpunkt weiter verharren wird. Daß Polen indirekt die Ausweisungen fortsetzt, geht aus einer Nachricht aus Thorn hervor, nach der sieben Reichsdeutschen des Gastwirtschaftsberufes die Schankkonzession entzogen wurde, wodurch sie ihrer Existenz beraubt sind und sich gezwungen sehen, Polen zu verlassen. Man will in Warschau die Dinge also auf die Spitze treiben, und es wird der Reichsregierung außerordentlich schwer gemacht, von Zwangsmaßnahmen Abstand zu nehmen und weiter eine Politik der Verständigung mit dem Osten anzustreben. Es wird sich bald herausstellen, in welcher Richtung der französische und englische Einfluß auf die Warschauer Politik sich fortbewegt. Nach den Reden der offiziellen Politiker zu urteilen, zögert man in London und Paris keinen Augenblick, die freundschaftliche Gesinnung gegenüber Deutschland weiter zu zeigen. In weltlichen politischen Kreisen wächst das Mißtrauen, daß die Gruppen um Poincare jedes Mittel benutzen, um das deutsche Interesse von der Westgrenze fortzulocken, damit die Räumungsverhandlungen weiter verschleppt werden. In Berlin durchschaut man dieses Manöver und wird darum doppelt hellhörig gegenüber allen Ausrufungen des Auslandes sein.

Die Ausweisung der deutschen Redakteure aus M. m.

Berlin, 14. Febr. In Beantwortung einer kleinen Anfrage der Deutschnationalen teilt der preussische Innenminister mit, daß die Ausweisung des Hauptschriftleiters des „Memeler Dampfboot“, dessen Frau sowie zweier Redakteure durch den Kriegskommandanten des Memelgebietes der deutschen Regierung Veranlassung zu ernstlichen Vorstellungen bei der litauischen Regierung in Romno gegeben habe. Der litauische Ministerpräsident habe sich noch vor Ablauf der Ausweisungfrist persönlich ins Memelgebiet begeben, eine Bescheidenschrift der Ausgewiesenen an den zuständigen Kriegsminister persönlich in Empfang genommen und mit den maßgebenden Bevollmächtigten über diese Deutschen-Ausweisung verhandelt. Die litauische Re-

Dr. Külz über aktuelle Fragen der Reichspolitik.

Dresden, 14. Febr. Reichsminister a. D. Dr. Külz verbreitete sich am Sonntag im Dresdener Verein der Deutschen Demokratischen Partei über aktuelle Fragen der Reichspolitik. Er betonte besonders die Notwendigkeit einer größeren Kontinuität der Außenpolitik und der Gesetzgebung. Vetter sei das Kabinett der Mitte ohne zwingenden Grund gestürzt worden. Der Reichstag habe das Kabinett gestürzt und sei dann auf fünf Wochen in Ferien gegangen. Ein solches Verfahren sei geeignet, den Parlamentarismus in schwersten Mißkredit zu bringen. Es gehe nicht an, daß die gesetzgebenden Arbeiten einer Regierung jeden Augenblick durch eine Regierungskrise unterbrochen und wertlos gemacht werden könnten. Es empfehle sich die Annahme einer Bestimmung, wonach eine neue Regierung einmal bei ihrem Amtsantritt und dann in jedem Jahre einmal bei Beratung des Haushaltsplanes das Vertrauen des Parlaments zu fordern habe und durch einfachen Mehrheitsbeschluß gestürzt werden kann. Für alle Mißtrauensanträge müsse eine Zweidrittelmehrheit verlangt werden. Minister Külz ging auf eine Reihe von gesetzgeberischen Arbeiten ein, die in seinem Ressort durchgeführt oder vorbereitet worden sind. Das vielbekämpfte Jugendkultgesetz sei auf einmütiges Verlangen der Gesamtorganisation der Jugendverbände, auch der jugenddemokratischen, vorgelegt worden. Es

entspreche im übrigen der Forderung des Artikels 118 der Reichsverfassung.

Dr. Külz legt sein Reichstagsmandat nieder?

Berlin, 14. Febr. Der ehemalige Reichsinnenminister Külz, der für das sächsische Innenministerium als Nachfolger des Demokraten Dr. Dehne in Aussicht genommen ist, scheint seiner Berufung auf diesen Posten nicht ablehnend gegenüberzustehen. Er soll, wie in demokratischen Kreisen verlautet, im Falle seiner Ernennung zum sächsischen Innenminister sogar voraussichtlich sein Reichstagsmandat niederlegen. Damit ist umso mehr zu rechnen, da die Demokratische Partei durch die Tätigkeit des Herrn Külz als Reichsinnenminister erhebliche innere Schwierigkeiten hatte, die sogar zum Austritt verschiedener prominenter Mitglieder der Partei führten. Trotzdem Herr Külz immer betont hat, das Schund- und Schmuggelgesetz — um dieses handelt es sich — sei ihm aufgetrieben worden, wird natürlich seine Person auch weiter in der Demokratischen Partei nur mit einigem Mißtrauen betrachtet, so daß sein völliges Verschwinden aus Berlin der Demokratischen Partei sehr willkommen wäre.

Soweit berichtet ein Chemnitzer Blatt. Es ist möglich, daß Dr. Külz nach erfolgter Ernennung zum sächsischen Innenminister sein Reichstagsmandat niederlegt. Nicht zutreffend sind dagegen die Vermutungen, die sich an einen solchen Schritt knüpfen. Dr. Külz genießt das vollste Vertrauen der Deutsch-Demokratischen Partei; weiß man doch gerade in ihr seine vorbildliche Arbeitskraft und seine echt liberale Gesinnung zu schätzen.